

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Aus Anlaß des Antikriegstages fordert **Karsten D. Volgt MdB**, das Werk der Versöhnung mit den Opfern des nazistischen Krieges zu vollenden.

Seite 1

Ein Konzept für schnelle, wirk-
same Hilfseinsätze in der Drit-
ten Welt stellt **Hans Wallow
MdB** vor.

Seite 3

Eine vorbeugende Friedens-
politik ist nach Ansicht von
**Prof. Dr. Ingomar Hauchler
MdB** vorrangiges Ziel für die
Entwicklungspolitik.

Seite 4

Das Engagement von Albert
Wesemeyer-König für Freiheit
und Demokratie würdigt **Dr.
Hans-Jochen Vogel MdB** an-
läßlich dessen 90. Geburts-
tags.

Seite 6

49. Jahrgang / 164

26. August 1994

Das Werk der Versöhnung vollenden Gedanken zum Antikriegstag

Von **Karsten D. Volgt MdB**
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Am 1. September 1994 jährt sich zum 55. Mal der Tag der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, der von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochen wurde und mit dem deutschen Überfall auf Polen begann. Dieser Tag ist für alle Deutschen und alle Europäer ein Tag der Erinnerung, der Mahnung und Verpflichtung.

Polen wurde das erste Opfer des nationalsozialistischen Rasse-, Raub- und Vernichtungskrieges, der unermessliches Leid über die Völker Europas gebracht hat und der auf uns Deutsche zurückgeschlagen ist. 55 Millionen Menschen verloren ihr Leben, die Spaltung des europäischen Kontinents und die deutsche Teilung waren Folge dieses verbrecherischen Krieges.

Verständigung mit dem Ziel der Aussöhnung mußte die zentrale Aufgabe der Nachkriegspolitik eines demokratischen Deutschlands werden. Nach der Aussöhnung der Regierung Adenauers mit dem Westen wurden gegenüber unseren östlichen Nachbarn Grundlagen dafür mit den Ostverträgen Willy Brandts geschaffen, die dazu beitrugen, die Kette des Unrechts zu durchbrechen und der Vernunft eine Chance zu geben. Die Verträge über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit setzten diesen Prozeß fort.

Die Aufgabe, das Werk der Versöhnung zu vollenden, steht nach wie vor auf der Tagesordnung, und sie ist heute wichtiger denn je. Der Wille zur Verständigung und Versöhnung muß in den Herzen und Köpfen der Menschen wachsen, und es braucht ein politisches und geistiges Klima, in dem dies gedeihen kann.

Die Vergegenwärtigung der Vergangenheit tut gerade im heutigen Deutschland not, dem die historische Chance der friedlichen Vereinigung zuteil wurde; erleben wir doch gerade jetzt Versuche der Umwertung deutscher Schuld und Verantwortung, die Salonfähig-Machung des Nationalismus, die Duldung und Verharmlosung des wiederaufkeimenden Rechtsradikalismus.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verbinden Sie unsere
mit wertvollen Recycling-Papier



Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es - anders als nach 1918 - keine Diskussion oder Infragestellung der deutschen Kriegsschuld: zu erdrückend war die Beweislast. Neuerdings aber wird in rechtskonservativen Kreisen nicht nur der Normalität eines deutschen Nationalstolzes das Wort geredet und eine "Rückbesinnung auf unsere nationale Identität" (Schäuble auf dem CDU-Parteitag 1993) propagiert, es wird auch Stalin ins Feld geführt, um Hitler zu entlasten. Im jüngsten "Historikerstreit" versteigt man sich sogar dazu, Hitler als Opfer Stalins darzustellen.

Richtig ist: Der Hitler-Stalin-Pakt war ein Teufelspakt zweier Diktatoren, den die SPD nicht erst in ihrer Präsidiumserklärung vom 22.8.1989 vorbehaltlos verurteilt hat, sondern bereits vor 55 Jahren als "Streich des teuflischen Machiavellismus" entlarvte. An der historischen Wahrheit gibt es nichts zu deuten: Hitler hat schon vor dem Pakt den deutschen Überfall auf Polen gewollt, geplant und vorbereitet und den Zweiten Weltkrieg ausgelöst.

Mit der von der CDU/CSU beschworenen "geistig-moralischen Wende", die den Wortführer Schäuble schwadronieren läßt, "unser Vaterland könnte sehr viel mehr Patriotismus brauchen" (Parteitag der CDU 1993), geht einher die Verharmlosung und Duldung der rechtsradikalen Gefahr. Muß man daran erinnern, daß Rechtsradikale in Deutschland schon einmal eine kleine Minderheit waren? Gewiß, auch in anderen demokratischen Ländern gibt es das Problem des Rechtsradikalismus, aber Deutschland ist jenseits dieser von den Konservativen beschworenen "Normalität", und der deutsche Rechtsextremismus ist unvergleichlich gefährlicher und gewaltbereiter.

In diesem geistig-moralischen und politisch-gesellschaftlichen Klima ist es möglich geworden, daß ein deutsches Gericht einem Volksverhetzer bescheinigt, seine Tat sei "hauptsächlich von dem Bestreben motiviert, die Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleiteten jüdischen Ansprüche zu stärken". Eine solche Bewertung in ihrer ganzen historischen und politischen Ungeheuerlichkeit entsteht nicht zufällig und ist auch kein Einzelfall.

Was muß nach den zahllosen rechtsextremistischen Ausschreitungen, den täglichen Überfällen und Brandanschlägen, der Hatz auf Ausländer unter den Augen der Polizei, den Gewalttaten von Polizisten gegen Ausländer in Deutschland eigentlich noch alles geschehen, bis diese Regierung die geistigen Wegbereiter auch in ihren eigenen Reihen mundtot macht und begreift, daß den Worten (auch von Helmut Kohl gerne zitiert) "Wehret den Anfängern" auch Taten folgen müssen?

Willy Brandt hat anläßlich des 50. Jahrestages des Kriegsausbruches vor dem Deutschen Bundestag gemahnt: "Die große Lehre jener Zeit lautet aus meiner Sicht: Wo die Freiheit nicht beizeiten mit großem Einsatz verteidigt wird, ist es nur um den Preis schrecklich hoher Opfer zurückzugewinnen... Nur wer begriffen hat, was damals geschah, wird sich gegen die Lähmung der Vernunft und die Aggression der Dummheit zu schützen wissen" (1.9.1989).

Es hat fast ein halbes Jahrhundert gedauert, bis die Spaltung Europas friedlich überwunden werden und Deutschland seine staatliche Einheit in Übereinstimmung mit seinen Nachbarn wiedererlangen konnte.

Europa, das in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts von Zerstörung und Selbstzerstörung gekennzeichnet war, hat an dessen Ende eine neue historische Chance erhalten. Seitdem die politische Teilung aufgehoben ist, geht es nun darum, Europas ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Spaltung zu überwinden. Dieser Aufgabe, von deren Bewältigung unsere Zukunft abhängt, wollen wir uns mit aller Kraft widmen. Wir müssen begreifen und begreiflich machen, daß auch die Zukunft der einzelnen Länder nicht gegeneinander, sondern nur noch miteinander gestaltet werden kann.

(-/25. August 1994/rs/fr)

Hilfe, die zu spät kommt, vergrößert die Tragödie
Die SPD hat ein Konzept für schnell wirksame Einsätze entwickelt

Von Hans Wallow MdB

Das teilweise Scheitern der Care-Hilfsmission in Ruanda hat das in den deutschen Bundestag eingebrachte Konzept der SPD-Bundestagsfraktion für ein offenes Umwelt- und Katastrophenhilfswerk (Deutsches Hilfskorps) bestätigt. Auch dieses Konzept sieht den schnellen Einsatz von freiwilligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bei jeglicher Art von Natur- und Industriekatastrophen sowie Hunger- und Fluchtbewegungen vor. Allerdings muß eine mit fachlicher Autorität und gesetzlicher Kompetenz ausgestattete Kooperationszentrale rechtzeitig die Aufgabenfelder und Einsätze der unterschiedlichsten Hilfskapazitäten - wie die der privaten Hilfsorganisationen, der staatlichen Potentiale bei Bundeswehr und THW und der freiwilligen Helferinnen und Helfer - aufeinander abstimmen. Es bedarf aber auch zur Absicherung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer klarer gesetzlicher Grundlagen, einer vertraglich vereinbarten strengen Koordination und gemeinsamer Übungen für den Einzelfall. Das rivalisierende Nebeneinander muß endlich aufhören. Auch die vorbereitende Kooperation mit den Hilfszentralen und -organisationen der UNO muß abgesichert sein. Sonst wird die Hilfe bei Katastrophen, wie schon häufig geschehen, zum internationalen Chaotentreffen.

Es geht nicht um eine neue staatliche Mammutorganisation sondern zum Beispiel darum, daß Bürgerinnen und Bürger, die prinzipiell bereit sind, bei einer Katastrophe im Ausland für zwei bis drei Wochen praktisch zu helfen, vorher in einem Computer eingespeist sind und von der Leitstelle bei Bedarf in kürzester Frist abgefragt werden können. Sonst muß man auf Helfer zurückgreifen, die gerade zur Verfügung stehen. Nach dem SPD-Konzept des "Umwelt- und Katastrophenhilfswerks" kann nicht auf die Erfahrungen der privaten Hilfsorganisationen verzichtet werden. Doch die Ergebnisse in Ruanda beweisen, daß die Zusammenarbeit institutionalisiert werden muß. Nicht nur Soldaten oder Helfer des Technischen Hilfswerks, sondern auch die Spezialisten der Feuerwehr müssen in Stunden durch die mit rechtlichen Kompetenzen ausgestattete, zivile Leitstelle zum Einsatz kommen können. Den Opfern dringend benötigte, in der Bundesrepublik vorhandene Hilfskapazitäten vorzuenthalten, ist unsittlich. Allein diese Kooperationszentrale entscheidet, nachdem die politische Grundsatzentscheidung gefallen ist, je nach Bedarfslage und Art des Einsatzes welcher Helfer, Materialien, Lebensmittel oder Medikamente benötigt werden.

Seit einigen Wochen haben sich über 6.000 freiwillige Helferinnen und Helfer hauptsächlich aus dem Gesundheitsbereich für den Einsatz in Ruanda gemeldet. Das ist nicht nur ein Zeichen von lebendiger Mitmenschlichkeit in unserem Volk, sondern auch eine Bestätigung unseres Konzeptes, das genau diese Möglichkeit der Hilfe von Bürgerinnen und Bürgern vorsieht. Schon die erste Gruppe kam für Tausende zu spät. Die Vorbereitungen für den ehrenamtlichen Einsatz, wie zum Beispiel Organisationen von Zeltunterkünften und Verpflegung, dauern zu lange. Nach unserer Vorstellung muß in einem organisierten Gesamtrahmen alles vorher geregelt werden, was die Reaktionszeiten vermindert. Improvisiert werden muß dann immer noch genug. Hilfe, die zu spät kommt, vergrößert die Tragödie.

(-/26. August 1994/rs/fr)

Entwicklungshaushalt zur vorbeugenden Friedenspolitik nutzen
Die Bonner Politik wird den globalen Herausforderungen nicht gerecht

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Etat des Entwicklungsministers ist ein Etat des kurzen Atems und der kurzen Sicht. Er leistet nicht, was möglich ist, um in einer zunehmend vernetzten Welt die globalen Gefahren von Armut und Flucht, Umweltzerstörung und zu hohem Bevölkerungswachstum abzuwehren und schadet damit auch deutschen Interessen.

Der Entwicklungshaushalt für 1995 kürzt vor allem die Hilfe für die ärmsten Länder und für Afrika, den Kontinent, der in besonderer Weise von Kriegen und Flüchtlingsbewegungen, tiefstem Elend, Umweltzerstörung und enormen Bevölkerungswachstum gezeichnet ist. Mit 893 Millionen DM erhalten 19 afrikanische Länder südlich der Sahara 100 Millionen DM weniger als in diesem Jahr und 600 Millionen DM weniger als noch in 1993. Statt Armutsbekämpfung werden die Probleme derjenigen, denen es besser geht auf Kosten derer gelöst, denen es schlechter geht.

- Die Sozialdemokraten werden dagegen in Regierungsverantwortung bei knappen Kassen nicht bei den ärmsten Ländern kürzen, sondern alle Anstrengungen unternehmen, um dort unsere Leistung zu erhöhen und wirksamer zu machen. Das gilt vor allem für Afrika. Denn zu hohes Bevölkerungswachstum, Kriege und Flucht sind nur einzudämmen, wenn wir den armen Ländern stetiger und konsequenter dabei helfen, Armut und Verzweiflung und daraus resultierende Gewalt zu bekämpfen.

Im Entwicklungshaushalt wird zukünftig der deutsche Beitrag zu den internationalen Organisationen zurückgefahren und beim Europäischen Gemeinschaftswerk Lomé wird gekürzt. Diese Renationalisierung der Entwicklungspolitik zu einem Zeitpunkt, in dem die Bundesrepublik die Präsidentschaft in der Europäischen Union übernommen hat, vermindert unseren internationalen Einfluß. Diese Renationalisierung der Entwicklungspolitik ist ein unverzeihlicher Rückschritt.

- Die SPD wird in Regierungsverantwortung den deutschen Einfluß nutzen, um die internationalen Institutionen zu stärken. Nicht der Rückzug, sondern eine stärkere Beteiligung und Koordinierung kann gemeinsame Initiativen wirksamer machen.

Wenn es um Krisenvorbeugung und Wiederaufbauhilfe geht, ist die Bundesregierung konzeptionlos. 1995 werden gerade für Krisen- und Flüchtlingsgebiete wie Ruanda, Somalia, Äthiopien oder Liberia - insgesamt für 11 Staaten - überhaupt keine entwicklungspolitischen Leistungen mehr eingeplant. Statt dessen schwadroniert der Bundeskanzler über deutsche Militäreinsätze im Süden. Hierfür ist offenbar immer Geld vorhanden, wie die sinnlose Somalia-Expedition gezeigt hat, bei der in wenigen Monaten 400 Millionen DM ausgegeben wurden, das zehnfache dessen, was dieses Land früher jährlich an Entwicklungshilfe erhielt. Viele Militäreinsätze könnten vermieden werden, wenn in Ländern wie Ruanda oder Somalia vorbeugende Friedenspolitik durch Minderung von Not und der Aufbau ziviler politischer und gesellschaftlicher Strukturen betrieben würde. Dafür fehlt das Geld. Dagegen beteiligt sich die Bundesregierung an Waffenexporten, die zahllosen Menschen das Leben kostet.

- Die SPD wird in Regierungsverantwortung nicht Militäreinsätze, wo bereits Hunderttausende getötet wurden und Millionen geflüchtet sind, als Priorität setzen, sondern vorbeugende Friedens- und Entwicklungspolitik sowie sofortige Wiederaufbauhilfe. Wir werden deshalb entschieden die Mittel für Friedens- und Aufbauprozesse erhöhen. Das gilt insbesondere für die Krisengebiete im Nahen Osten, in Afrika und Mittelamerika.

Der Entwicklungsetat enthält keinerlei Ansatz, um in einer internationalen Anstrengung zu versuchen, die Überschuldung der Länder des Südens und Ostens abzubauen und ihre Chancen in der Weltwirtschaft zu verbessern. Dabei sind gerade dies Kernprobleme.

- Die SPD wird als Regierungspartei eine Initiative für faire, sozial und ökologisch verträglichere Handelsbeziehungen und für eine internationale Entschuldungsoffensive ergreifen.

Eine stärkere Förderung auch von kleineren Nichtregierungsorganisationen, von entwicklungspolitischer Bildung im eigenen Land und von einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Staat und privater Wirtschaft fehlt im Haushalt 1995 wieder.

- Die SPD ist der Auffassung, daß staatliche Initiativen in der Entwicklungspolitik nicht ausreichen. Wir werden deshalb Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, aber auch die private Wirtschaft und die Gewerkschaften in die entwicklungspolitische Planung einbeziehen und ihre Arbeit wirkungsvoller unterstützen.

An zwei Beispielen sei aufgezeigt, wo verantwortungsvolle Entwicklungspolitik ansetzen kann.

1. Nach dem neuesten Weltbevölkerungsbericht verzeichnen wir trotz aller bisherigen Maßnahmen der Bevölkerungspolitik mit jährlich 95 Millionen mehr die höchste Zuwachsrates, die es je gab. In einer Generation wird die Weltbevölkerung von 5,7 auf 8,5 Milliarden Menschen anwachsen, also um 50 Prozent. Während Europa stagniert, wird der gesamte Zuwachs in den Entwicklungsländern und dort in den ärmsten Staaten stattfinden. Der Weltbevölkerungsbericht warnt uns alle davor, den Teufelskreis von Armut, Bevölkerungswachstum und Umwelterstörung nicht zur Kenntnis zu nehmen und Entwicklungspolitik weiterhin auf den letzten Platz der politischen Prioritäten zu setzen. Schon heute sind wir den Herausforderungen von Hunger, Gewalt und Krieg in der Welt nicht gewachsen. Wir können in reichen Gesellschaften nicht einmal die eigenen Probleme lösen. Die Bundesrepublik ist weltweit in Wirtschaft und Umwelt abhängig und kann sich auf Dauer nicht von den Entwicklungen in der Welt abkoppeln.

Immer mehr Menschen werden die begrenzten Ressourcen der Welt zum Überleben beanspruchen. Das bedeutet, daß auch wir die Energie- und Ressourcenverschwendung beenden müssen. Die SPD fordert deshalb, sich stärker für eine ökologische Umgestaltung der Produktions- und Konsumweise in Industrie- und Entwicklungsländern einzusetzen. Die Förderung deutschen know-hows auf diesem Zukunftsgebiet würde auch positiv auf den Standort Deutschland zurückwirken.

Um das Bevölkerungswachstum zu begrenzen, reicht allein die Beteiligung an Familienprogrammen nicht aus. Nur wenn ein Minimum an sozialer Sicherung geschaffen wird und Frauen über die Zahl ihrer Kinder entscheiden können, kann das Wachstum der Weltbevölkerung gestoppt werden. Die SPD fordert in der Bevölkerungspolitik der Bundesrepublik neben einer konsequenten Armutsbekämpfung und Gesundheitsversorgung vor allem die Rolle der Frau und ihre Entscheidungsfreiheit zu stärken. Der Schlüssel hierfür liegt in einer Offensive für Bildung und Gleichstellung der Frauen.

2. Im Nahen Osten ist vor einem Jahr der Friedensprozeß eingeleitet worden. Die SPD hatte von der Bundesregierung gefordert, sich sofort zu engagieren und 200 Millionen DM für die nächsten vier Jahre für langfristige Projekte zur Verfügung zu stellen. Gerade 20 Millionen DM war dieser Friedensprozeß der Bundesregierung im laufenden Jahr wert. Das Defizit beim Aufbau der palästinensischen Verwaltung wird zum Anlaß genommen, Mittel zurückzuhalten. Die SPD fordert, den Aufbau einer effektiven palästinensischen Administration zu unterstützen - auch durch Hilfe bei der Ausbildung und Bezahlung der Beamten und der Polizei.

Wenn sich vor allem im Gazastreifen die Lebenssituation der Menschen nicht verbessert, ist der Friedensprozeß gefährdet. Die SPD fordert deshalb, schnell in Projekte der Gesundheit, im Woh-

nungsbau und in die Förderung von kleinem Gewerbe zu investieren, um Arbeitsplätze zu schaffen und so einen sich selbst tragenden Entwicklungsprozeß in Gang zu setzen.

- Die Zusammenarbeit in der Region muß gestärkt werden. Der entscheidende bilaterale Beitrag, den die Bundesrepublik hier leisten kann, liegt in der Mobilisierung technischer und personeller Hilfe. Dafür können die Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen gewonnen und unterstützt werden.

Die jetzige Bundesregierung beansprucht international eine Führungsrolle. Seit Juli hat die Bundesrepublik die Präsidentschaft in der EU. Die deutsche Führungsrolle kann jedoch nicht bedeuten, daß zunehmend militärische Konfliktlösungen vorgezogen werden anstatt die entwicklungspolitische, die wirtschaftspolitische, die umweltpolitische Seite der Entwicklungspolitik stärker zu betonen. Dafür müssen wir uns in Europa und in den Organisationen der Vereinten Nationen stark machen. Diese Konzeption einer vorbeugenden Friedenspolitik muß gerade bei eingeschränkten Haushaltsmitteln aus dem Entwicklungshaushalt und der Rahmenplanung ersichtlich werden.

(-/26. August 1994/rs/fr)

Ein Leben für die freiheitliche und soziale Demokratie

Albert Wesemeyer-König zum 90. Geburtstag

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Vorsitzender des Projekts "Gegen Vergessen - Für Demokratie"

Vor über einem Jahr wurde die Vereinigung "Gegen Vergessen - Für Demokratie" gegründet. Zu den ersten, die ihre Mitgliedschaft anmeldeten, gehörte Albert Wesemeyer-König. Aus bitterer Erfahrung, so begründete er seinen Beitritt, will er mithelfen, wofür die Vereinigung eintritt: sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, um aus der Erfahrung zu lernen.

Der Lebensweg von Albert Wesemeyer-König verkörpert ein Stück deutscher Geschichte. Geboren in Burg bei Magdeburg, aufgewachsen in der "Sozialistischen Arbeiterjugend", engagierte er sich frühzeitig im Metallarbeiterverband, in der SPD und im Reichsbanner. Die Notwendigkeit, dem Nationalsozialismus Widerstand zu leisten, war für ihn eine Selbstverständlichkeit. So bestätigte er sich unter anderem als Kurier für die illegale Parteigruppe zum Exilvorstand der SPD in Prag. 1937 wurde Wesemeyer deswegen zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die er im Zuchthaus Halle verbüßte. Nach seiner Entlassung folgte noch die Einberufung zur Wehrmacht, was ihn besonders schwer traf.

Ungebeugt von den Schreckensjahren der Nazi-Herrschaft, gehörte er bereits im Juli 1945 zu den Gründern der SPD in Thüringen, widersetzte sich jedoch vehement der Zwangsvereinigung von SPD und KPD. Wegen seiner Kontakte zum Ostbüro der SPD in der Bundesrepublik wurde der 1947 vom Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Erst nach neun Jahren Haft, davon die meiste Zeit in Bautzen, wurde er 1956 begnadigt und konnte dann bis zur Pensionierung als Angestellter für die Stadt Kassel arbeiten.

Viele ehrenamtliche Tätigkeiten nach 1945 zeugten vom ungebrochenen Willen Albert Wesemeyers, weiterhin für eine freiheitliche und soziale Demokratie einzutreten. Als äußeres Zeichen der Anerkennung verlieh ihm die Stadt Kassel als Widerstandskämpfer am 8. Mai 1989 die Stadtmedaille. Anlässlich seines 90. Geburtstages am 25. August 1994 hat die Vereinigung "Gegen Vergessen - Für Demokratie" ihn zum Ehrenmitglied ernannt. Sie würdigt damit das Leben eines Mannes, der trotz nationalsozialistischer und kommunistischer Verfolgung die körperlichen und seelischen Qualen geistig überlebt hat und noch heute so aktiv wie möglich für Ideale eintritt, die uns gemeinsam verbinden.

(-/26. August 1994/rs/fr)
